BEKANNTMACHUNG

Vollzug des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG), des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG); Kiesabbau der Fa. Ebenhöh GmbH & Co. Kies- und Sandwerke KG in der Gemeinde Pliening, Landkreis Ebersberg

Beschreibung des Vorhabens:

Die Fa. Ebenhöh plant die Erweiterung der bestehenden Kiesabbauflächen auf die Grundstücke Fl.-Nrn. 2305, 2313, 2316 – 2318, Gemarkung Pliening, die nördlich des Abfanggrabens (künstlicher Vorfluter) liegen. Die vorgesehene Abbaufläche befindet sich nordwestlich der Ortschaft Pliening/Landsham, direkt angrenzend an die Gemeinde Kirchheim b. München (Landkreis München).

Aufgrund der geologischen Gegebenheiten handelt es sich um einen Nassabbau, d.h. Grundwasser wird aufgeschlossen. Die Abbaufläche beträgt ca. 15,4 ha und ist in drei Abschnitte unterteilt. Insgesamt soll voraussichtlich ca. 3.000.000 m³ Kies mittels eines Schwimmbaggers gefördert und über die vorhandene Förderbandtrasse, die über den Abfanggraben erweitert werden muss, zum bestehenden Kieswerk transportiert werden.

Die Zeitdauer des gesamten Vorhabens wird mit etwa 15 Jahren veranschlagt (12 Jahre Kiesabbau, 3 weitere Jahre bis zur Beendigung der Rekultivierung).

Ein Teilbereich von 3 ha im Nordosten der Abbaufläche wird im Zuge der Rekultivierung mit ca. 650.000 m³ Material wiederverfüllt. Die Wiederverfüllung erfolgt ausschließlich mit örtlich anfallendem Abraum, unverwertbaren Lagerstättenanteilen und unbedenklichem Bodenaushub (Z0-Material). Sie wird sukzessive mit dem Abbau in Abschnitt II und III durchgeführt, um die entstehenden Flächen als Habitat für die von der Maßnahme betroffenen Bodenbrüter zu optimieren (CEF-Maßnahme).

Darüber hinaus erfolgt ein Einbringen von Material für die Modellierung der Böschungen.

Insbesondere zum Materialtransport für die geplante Teilwiederverfüllung und die Rekultivierung wird eine Zufahrt zum Gelände benötigt. Diese erfolgt vom Kieswerk der Fa. Ebenhöh ausgehend über die bestehende Trasse durch das Abbaugelände südlich des Abfanggrabens, über eine Brücke über den Abfanggraben und anschließend entlang des Abfanggrabens zur geplanten Abbaufläche.

Planfeststellungsverfahren:

Das geplante Vorhaben stellt einen Gewässerausbau nach § 67 Abs. 2 Satz 1 WHG dar, da durch den Kiesabbau Grundwasser freigelegt wird und auf diese Weise ein dauerhafter Landschaftssee entsteht. Es bedarf daher der Planfeststellung nach § 68 Abs. 3 WHG durch das Landratsamt Ebersberg (Untere Wasserrechtsbehörde).

Im Verfahren werden alle anderen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen, deren das Vorhaben bedarf, mit erteilt (Konzentrationswirkung der Planfeststellung).

Umweltverträglichkeitsprüfung:

Nach § 70 Abs. 2 WHG sind im Planfeststellungsverfahren die Bestimmungen des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) zu beachten. Gemäß § 7 Abs. 1 UVPG i.V.m. Ziffer 13.18.1 der Anlage 1 zum UVPG war zunächst im Rahmen einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls zu klären, ob das Vorhaben aufgrund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 zum UVPG aufgeführten Kriterien erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann. Das Landratsamt Ebersberg kam hier zu dem Schluss, dass erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen nicht von vornherein ausgeschlossen werden können und daher eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nach den Vorgaben des UVPG

durchzuführen ist. Hierfür wurde von der Fa. Ebenhöf der UVP-Bericht des Büros Bauer Landschaftsarchitekten vom 30.08.2019, geändert am 15.11.2019, vorgelegt.

Dem Landratsamt Ebersberg lagen zum Zeitpunkt des Beginns des Beteiligungsverfahrens folgende entscheidungserhebliche Unterlagen zum Vorhaben vor:

- Antragsunterlagen des Büros Bauer Landschaftsarchitekten vom 30.08.2019, geändert am 15.11.2019, im Wesentlichen bestehend aus:
 - Erläuterungsbericht
 - UVP-Bericht
 - Auszug aus dem Liegenschaftskataster
 - Bestandsplan, M = 1 : 1.000
 - Abbauplan, M = 1 : 1.000
 - Plan Bewertung nach BayKompV, M = 1 : 2.000
 - Rekultivierungsplan, M = 1 : 1.000
 - Hydrogeologisches Gutachten (Ingenieurbüro KDGeo, 19.07.2019)
 - Schalltechnisches Gutachten (hoock farny ingenieure, 07.11.2018, ergänzt am 07.12.2019)
 - Spezielle Artenschutzrechtliche Prüfung (Dipl.-Ing. Klaus Burbach, 05.04.2018, geändert am 12.08.2019)
- Gutachten des Wasserwirtschaftsamtes Rosenheim vom 26.11.2019
- Stellungnahmen der Unteren Naturschutzbehörde am Landratsamt Ebersberg vom 08.10.2019 und 17.12.2019
- Stellungnahme der Unteren Immissionsschutzbehörde am Landratsamt Ebersberg vom 13.02.2019

1. Die Antragsunterlagen sowie die weiteren vorgenannten entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen zum Vorhaben liegen gemäß § 70 Abs. 1 und 2 WHG und Art. 69 Satz 1 BayWG i.V.m. Art. 73 Abs. 3 Bayer. Verwaltungsverfahrensgesetz (BayVwVfG) und § 19 Abs. 2 UVPG in der Zeit von **13.01.2020 – 12.02.2020** während der allgemeinen Dienststunden bei den Gemeinden Pliening und Kirchheim b. München aus und können dort eingesehen werden. In dem genannten Zeitraum sind sie zudem über die Internetseite des Landratsamtes Ebersberg <https://lra-ebe.de/aktuelles/laufende-verwaltungsverfahren-mit-oeffentlichkeitsbeteiligung/> abrufbar (Art. 27a BayVwVfG). Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass nur die in dieser Bekanntmachung enthaltenen Angaben und die ausgelegten Papierunterlagen für das Verfahren verbindlich sind.

Diese Bekanntmachung dient auch der Benachrichtigung über die Auslegung der Pläne gegenüber den

- vom Bund oder Land anerkannten Naturschutzvereinigungen sowie sonstigen Vereinigungen, soweit diese sich für den Umweltschutz einsetzen und nach anderen gesetzlichen Vorschriften zur Einlegung von Rechtsbehelfen in Umweltangelegenheiten vorgesehenen Verfahren anerkannt sind (anerkannte Umweltschutzvereinigungen)
- sonstigen Vereinigungen, die sich satzungsgemäß zu privaten Zwecken einer an sich öffentlichen Aufgabe widmen und die insoweit nach anderen gesetzlichen Vorschriften zur Einlegung von Rechtsbehelfen im vorgesehenen Verfahren anerkannt sind.

2. Bis einen Monat nach Ablauf der Auslegungsfrist, das ist bis spätestens

zum **12.03.2020**,

kann jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, gegen das Vorhaben Einwendungen erheben.

Die Einwendungen und Äußerungen sind schriftlich (auch per Fax) oder zur Niederschrift beim Landratsamt Ebersberg (Untere Wasserrechtsbehörde), bei der Gemeinde Pliening oder bei der

Gemeinde Kirchheim b. München zu erheben bzw. abzugeben.

Einwendungen und Äußerungen, die elektronisch übermittelt werden (z.B. per E-Mail), sind unzulässig.

Die Einwendungen bzw. Stellungnahmen müssen den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen lassen. Bei Einwendungen und Äußerungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Einwendungen), ist ein Unterzeichner mit Namen, Beruf und Anschrift als Vertreter der übrigen Unterzeichner für das Verfahren zu benennen, soweit er nicht von ihnen als Bevollmächtigter bestellt worden ist. Diese Angaben müssen deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten sein. Vertreter kann nur eine natürliche Person sein.

3. Nach Ablauf der Einwendungsfrist, also mit Ablauf des **12.03.2020**, sind Einwendungen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, mit Wirkung für das Genehmigungsverfahren ausgeschlossen.

Anerkannte Umweltschutzvereinigungen sind eingeladen, sich an dem Verfahren zu beteiligen und werden gebeten innerhalb der Frist jedenfalls mitzuteilen, ob sie beabsichtigen, sich dazu zu äußern und bis zu welchem Zeitpunkt ggf. mit dem Eingang ihrer Stellungnahme gerechnet werden kann. Bleibt eine Äußerung aus, geht das Landratsamt Ebersberg davon aus, dass die Umweltschutzvereinigung keine Stellungnahme abgeben möchte.

4. Nach Ablauf der Einwendungsfrist hat die Anhörungsbehörde die rechtzeitig gegen den Plan erhobenen Einwendungen, die rechtzeitig (in der Regel zwei Wochen vor dem Erörterungstermin) abgegebenen Stellungnahmen von Vereinigungen sowie die Stellungnahmen der Behörden zu dem Plan mit dem Träger des Vorhabens, den Behörden, den Betroffenen sowie denjenigen, die Einwendungen erhoben oder Stellungnahmen abgegeben haben, zu erörtern.

Diejenigen, die fristgerecht Einwendungen erhoben haben bzw. bei gleichförmigen Einwendungen deren Vertreter oder Bevollmächtigter sowie die Vereinigungen i.S.v. Ziffer 1, die fristgerecht Stellung genommen haben, werden von dem Erörterungstermin gesondert benachrichtigt. Falls mehr als 50 Benachrichtigungen oder Zustellungen vorzunehmen sind, können diejenigen, die Einwendungen erhoben haben bzw. als Vereinigung i.S.v. Ziffer 1 Stellung genommen haben, von dem Erörterungstermin durch öffentliche Bekanntmachung benachrichtigt werden. Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich. Beim Ausbleiben eines Beteiligten im Erörterungstermin kann auch ohne diesen verhandelt werden.

5. Über die Einwendungen und Stellungnahmen wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörde entschieden. Die Zustellung der Entscheidung kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind.

Mit dieser Bekanntmachung wird gleichzeitig die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 19 UVPG bewirkt.

Pliening/Kirchheim b. München, den